III. JAHRGANG

JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

REDAKTION UND VERLAG: OSCAR GRÜN

JEWISH PRESS NEWS ASSOCIATION

Erscheint wöchentlich
Jahresabonnement Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50

ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 8
POSTFACH BAHNHOF - TEL.: SELN. 28 75

BUREAU CENTRAL DE LA PRESSE JUIVE

Postcheck-Konto VIII 5166
Telegramm-Adresse: „PRESSCENTRA ZÜRICH“

Abonnements nehmen sämtliche Postanstalten des In- und Auslandes entgegen.

Nummer 123	24. Dezember 1920	י"ג טבת תרפ"א	Einzelnummer 30 Cts.

Abdruck nur gegen Quellenangabe

Die Frage der Mandate vor der Völkerbundsversammlung.

Auf der letzten Sitzung der Völkerbundsversammlung in Genf vom 18. Dez. erstattete Lord Robert Cecil als Berichterstatter der betr. Kommission eingehenden Bericht. Es seien in der Kommission Meinungsverschiedenheiten zutage getreten, ob die Frage der Mandate vom Rate oder aber von der Versammlung des Völkerbundes zu entscheiden sei. Die Kommission beschloss jedoch, diese Frage nicht zu beantworten, indem sie der Tatsache Rechnung trägt, dass die Mandate bereits vom Rate geprüft wurden, und dass im Interesse einer raschen Erledigung dieser Angelegenheit der Versuch, sie dem Rat wegzunehmen, nicht angebracht sei. Immerhin spricht die Kommission den Wunsch aus, dass die Frage der Rechte des Völkerbundes in der Mandatfrage und die Rechte des Rates und die der Versammlung in einer der nächsten Tagungen des Völkerbundes behandelt werden sollen. Die vom Rate vorgesehene Mandatskommission findet die Billigung der Kommission, indem sie allerdings gleichzeitig das Bedauern auspricht, dass der Rat in dieser Frage nicht an die Versammlung gelangte, obwohl sie in Genf anwesend war. Die Kommission hält es für notwendig, dass die Mitglieder der Mandatskommission auf befristete Zeit ernannt werden und spricht den Wunsch aus, dass der Rat wenigstens eine Frau in die Mandatskommission aufnehme. Die Kommission bedauert, keine Vorschläge machen zu können über die Verwaltung der Mandatländer, insbesondere deshalb, weil der Völkerbundsrat sich weigerte, der Kommission und der Völkerbundsversammlung Kenntnis zu geben von den vorliegenden Verwaltungsprojekten für die Mandate über Syrien, Mesopotamien und Palästina. Auf besondere Anfrage der Kommission, hat der Rat erklärt, daran festzuhalten, dass diese Fragen von ihm vertraulich behandelt werden und dass er nicht in der Lage sei, der Versammlung darüber Mitteilung zu machen.

Am Schlusse seines Referates gab Lord Cecil seinem tiefsten Bedauern Ausdruck, dass der Völkerbundsrat sich geweigert hat, die Mandatfrage in aller Offenheit zu regeln und sprach die Hoffnung aus, dass der Rat auf diesen unglücklichen Beschluss zurückkommen werde. Nur durch eine offene Politik kann die Zukunft des Bundes gesichert werden.

Wie aus diesem Bericht über die Tagung der Völkerbundsversammlung ersichtlich, wurden die Bestimmungen des Mandates über Palästina von der Völkerbundsversammlung als solchen nicht behandelt, sondern einfach zur Kenntnis genommen, dass das Mandat durch den Völkerbundsrat geregelt worden sei. Nach Ratifizierung des Friedensvertrages mit der Türkei wird das jetzt vom Völkerbundsrat festgelegte Mandat vom Sekretariat des Völkerbundes einfach registriert werden und dadurch in Kraft treten. Es sind dies natürlich alles nur noch blosse Formalitäten, und die Frage des Mandates über Palästina kann bereits jetzt als endgültig geregelt betrachtet werden. Obwohl der Text des Mandates, wie von Lord Cecil betont, vom Völkerbundsrat als vertraulich erklärt wurde, so ist doch bereits jetzt bekannt, dass das Mandat die Balfour-Deklaration noch konkreter festsetzt als es in San Remo geschehen ist. Das historische Recht der Juden auf Palästina wird kategorisch anerkannt und auch festgestellt, dass das Hebräische eine der drei offiziellen Landessprachen ist. In besonderen Paragraphen werden die Interessen der nichtjüdischen Nationen in Palästina geregelt. Laut dem Mandate wird auch eine spezielle Kommission geschaffen, die die Oberaufsicht über die Heiligen Orte in Palästina führen soll. Der Völkerbundsrat hat sich das Recht gewahrt, den Präsidenten dieser Kommission direkt zu ernennen, während die übrigen Mitglieder von der Mandatarmacht, d. h. England, ernannt werden. In dem Mandate soll auch erklärt werden, dass die palästinensische Regierung mit der Zion. Organisation sich beraten soll, betr. der ökonomischen Entwicklung des Landes und der Entwicklung der Wege und Verkehrsmittel. Das Mandat gibt also im allgemeinen dem jüd. Volke die Möglichkeit, in Palästina sein nationales Heim zu errichten und es hängt nun von der Grösse der aufgebrachten Mittel ab, ob sich diese Hoffnung rascher oder langsamer verwirklichen wird.

London, 22. Dez. Im Unterhaus erklärte Bonar Law, dass England durch die Uebernahme des Mandates in Palästina keine ständigen Ausgaben erwachsen. Die dort befindlichen Truppen würden jetzt schon vermindert, aber es sei notwendig, vorderhand eine militärische Kontrolle beizubehalten, bis eine Zivilverwaltung eingerichtet sei, die die Ruhe aufrechterhalten und Angriffe von aussen abwehren kann.

Der Völkerbund und die Pogrome.

In der 29. Plenarversammlung des Völkerbundes brachte Lord Robert Cecil am 17. Dez. bei der Behandlung der Frage, eine internationale Militär-Expedition zur Abstellung der Massaker nach Armenien zu entsenden, folgende Interpellation über die Pogrome ein: Herr Präsident, ich erlaube mir die Frage, ob Sie einen Brief von einer gewissen jüdischen Zentral-Organisation erhalten haben, die die Aufmerksamkeit der Versammlung lenkt auf die schrecklichen Leiden, denen die jüd. Bevölkerung in der Ukraine u. in anderen Ländern ausgesetzt ist und ob Sie jenen Brief der Versammlung vorlesen wollen oder welche Schritte Sie zu unternehmen gedenken, um ihn der Versammlung zur Kenntnis zu bringen.

Präsident Hymans erwiderte, er habe in der Tat zwei Briefe erhalten, die sich auf die Leiden der jüd. Bevölkerung in Osteuropa beziehen, einen von der Alliance Israélite Universelle, unterschrieben von Prof. Sylvain Lévy und einen vom Komitee der Jüdischen Delegationen, von Sokolow, Zangwill und Lucien Wolf unterzeichnet. Diese beiden Briefe —

ohne besonders von der Ukraine zu sprechen — lenken die Aufmerksamkeit der zivilisierten Welt auf die Gefahr der Pogrome und auf die Gefahren, Schwierigkeiten und Leiden, die aus der Emigration der ostjüdischen Bevölkerung nach Westeuropa und Amerika resultieren. Da diese Dokumente ziemlich lang sind und genauer geprüft zu werden verdienen, wäre es vorzuziehen, dass wir sie veröffentlichen und an die Mitglieder des Völkerbundes verteilen lassen.

— Die internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit richtete am 15. Dez. an den Rat der Völkerbundsversammlung ein Schreiben, welches unter die Delegierten der Völkerbundsversammlung verteilt wurde, worin es u. a. heisst: „Jüdische Organisationen und Persönlichkeiten von Weltruf, wie Israel Zangwill, beschuldigen die Ukrainer der schrecklichsten Massaker der modernen Zeit — Morde und Schändungen, organisierter Pogrome, die beim Klange der Musik ausgeführt werden unter Schutz von offiziellen Persönlichkeiten, die die Anstifter sind. Es wird dem Völkerbunde nicht schwer fallen als Zulassungs-Bedingung in den Schoss des Völkerbundes entsprechende Garantien zu verlangen, um die Minoritäten der Religion Sprache oder Rasse zu schützen. Der sog. weisse Terror in Ungarn, der für die scheusslichen Verbrechen in der Geschichte der Menschheit die Verantwortung zu tragen scheint, bildet einen weiteren Fall. Hier könnte die Liga der Nationen, obwohl die politische Lage kompliziert ist, wenn sie wollte, ihren moralischen Einfluss fühlen lassen".

Ueber die weitere Tätigkeit des Komitees der Jüd. Delegationen in Genf.

In Fortsetzung ihrer Genfer Tätigkeit haben Sokolow und Motzkin namens des Komitees der Jüd. Delegationen dem Präsidenten der Völkerbundsversammlung ein Memorandum überreicht, mit angeschlossenen 6 Beilagen, bezüglich der Ausrottung der ukrainischen Juden. Die 1. Beilage enthält einen Bericht des Roten Kreuzes, die 2. ein Verzeichnis der von Pogromen heimgesuchten Orte unter Angabe der Zahl der Opfer, die 3. die Zahl der geschändeten Frauen, die 4. typische Details über die Folterungen während der Pogrome, die 5. den seinerzeitigen Appell der französischen Intellektuellen an die Menschheit, die 6. ein Verzeichnis der Pogromorganisatoren in der Ukraine. Im Memorandum wird eine exemplarische Bestrafung der Pogromanstifter verlangt, deren Namen ausdrücklich angegeben werden und die sich jetzt zum allergrössten Teil in Süd- oder Westeuropa aufhalten.

Das K. D. J. D. hat dem Völkerbund auch ein ausführliches Memorandum überreicht, worin es Aufschluss gibt über Zwecke und Ziele des K.D.J.D. und Mitteilung macht, dass es von nun an die Vertretung des jüd. Volkes beim Völkerbunde führen und zu diesem Zwecke ein eigenes Büro in Genf errichten wird. Desgleichen wurde vom K.D.J.D. ein Memorandum bezüglich der Emigration übergeben.

Memorandum des K. D. J. D. betr. der ostgalizischen Flüchtlinge in Wien.

Wir veröffentlichen vorderhand die deutsche Uebersetzung des vom K.D.J.D. dem Völkerbunde überreichten Memorandums über das Optionsrecht der ostgalizischen Flüchtlinge in Wien. Das Memorandum über die Pogrome in der Ukraine und die Beilagen mit der Aufzählung der pogromierten Orte, Angabe der Zahl der Opfer und der namentlichen Anführung der Pogromanstifter, die zum grössten Teile jetzt in Süd- und Westeuropa weilen und deren Bestrafung gefordert wird, folgt in unserer nächsten Nummer.

Laut dem Friedensvertrag von St. Germain haben die Angehörigen der ehemaligen oester.-ung. Monarchie das Recht, zwischen dem neuen Staat, der nach dem Friedensvertrag ihre Heimatgemeinde umfasst, oder dem Staate dem sie bisher angehörten, Oesterreich oder Ungarn zu optieren. Aber dieses Recht ist stark kompromittiert, ja von den oesterr. Behörden in Wien sogar zu nichte gemacht. Dies bezieht sich besonders auf die Flüchtlinge aus Ostgalizien, die der Krieg und die Uebergangsperiode gezwungen haben, sich in Oesterreich niederzulassen und die dort ihr Optionsrecht auszuüben gedenken. Man darf nicht vergessen, dass Vermögen und Besitz dieser Flüchtlinge im Laufe der Kämpfe und Invasionen in Ostgalizien vollständig zerstört worden sind. Anderseits haben die meisten dieser Familien, nachdem sie ihre materielle Existenz mit Mühe neu errichtet hatten, sich schon sowohl sprachlich, kulturell und wirtschaftlich als auch bezüglich der Erziehung ihrer Kinder in Wien vollständig akklimatisiert. Es wäre somit eine schreiende Ungerechtigkeit, ihnen dieses zustehende Opitionsrecht zu entziehen. Um sie dieses Rechtes zu berauben, bereiten ihnen die österr. Behörden Form-Schwierigkeiten, die dieses Optionsrecht illusorisch machen. Obgleich diese Flüchtlinge gezwungen waren, ohne Dokumente nach Wien zu kommen und ihre Heimatsorte grösstenteils zerstört worden sind, mit allen offiziellen Unterlagen, die sich dort hätten vorfinden können, verlangen die Behörden Heimats-und Geburtsscheine aller Familien-Mitglieder etc., die zu beschaffen, derzeit unmöglich ist. (Viele Orte befinden sich noch immer in der Operationszone). Von Erwachsenen werden ebenfalls Schulzeugnisse verlangt über ihre Kenntnisse im Deutschen, die aber aus den oben geschilderten Umständen nicht beigebracht werden können, und man begnügt sich nicht, wie in allen anderen Fällen, mit der Bestätigung von Zeugenaussagen, dass die fragl. Bürger sich des Deutschen schon seit Jahren als Umgangssprache bedienen Um diesen ehemaligen Angehörigen der Doppel-Monarchie das Optionsrecht zu verweigern, machen die österr. Behörden noch einen in anderen Ländern unbekannten Unterschied — der ebenfalls dem Geist des Vertrages von St. Germain widerspricht — zwischen Heimatrecht und Staatsangehörigkeit.

Da das durch den Friedensvertrag von St. Germain den Flüchtlingen aus Ostgalizien gewährte Recht durch diese Haltung der österr. Behörden in Frage gestellt ist, bittet das K. K. J. D. den Völkerbund: 1) Bei der österr. Regierung intervenieren zu wollen, damit die Ausübung des Optionsrechtes in equitablem Sinne geregelt wird, der es den Flüchtlingen aus Ostgalizien nicht unzugänglich macht, dass die Muttersprache u. a. mehr in Betracht gezogen wird — indem man der Tatsache Rechnung trägt, dass die jüd. Bevölkerung eine andere Sprache spricht als die restlichen Einwohner in Galizien und Bukowina, aber dass sie anderseits keinen Dolmetscher braucht, um sich der österr. Bevölkerung und den österr. Behörden verständlich zu machen. 2) Zu erwirken, dass der wirkliche Sinn des Artikels 78 des Friedensvertrages von St. Germain durch authentische Interpretation fixiert wird, damit das Optionsrecht allen Angehörigen der ehemaligen österr. ung. Monarchie — ohne Ausnahme — gesichert ist. Das Komitee erlaubt sich noch, die Aufmerksamkeit des Völkerbundes auf die Tatsache zu lenken, dass der letzte Termin zur Ausübung des Optionsrecht auf den 15. Januar 1921 fixiert worden ist.

Eingabe des Jüdischen Nationalrates in Litauen an den schweizerischen Bundesrat.

Der Jüdische Nationalrat in Litauen hat betreffs des vom Zürcher Grossen Stadtrat am 3. Nov. d. J. gefassten Beschränkungsgesetzes bezüglich der Einbürgerung der Ostjuden an den schweizerischen Bundesrat folgendes Telegramm gerichtet:

„Mit tiefer Erschütterung hat der Jüdische Nationalrat in Litauen von dem am 3. Nov. d. J. im Zürcher Grossen Stadtrat gefassten Beschlusse vernommen, demzufolge die jüd. Bürgerrechtsbewerber aus dem Osten im Gegensatz zu den Nichtjuden und den Juden des Westens eine längere Niederlassungsdauer nachzuweisen haben. Eine solche Beschränkungsklausel für einen Teil einer bestimmten Nationalität kann nicht anders als eine Verhöhnung des Prinzips der Gleichheit, dieses höchsten Kulturgutes der menschlichen Zivilisation empfunden werden. Wir, die legitime Vertretung der Judenheit Litauens, die wir hier volle bürgerliche, politische u. nationale Gleichberechtigung geniessen, sind durch den Erlass dieses Ausnahmegesetzes umsomehr bestürzt, als dies gerade in der Schweiz geschah, der Geburtsstätte der Freiheit und Gleichheit, ein durch Jahrhunderte hindurch gepriesenes Asyl für alle Verfolgten und Bedrückten. Der Jüd. Nationalrat in Litauen appelliert hiermit an den

Hohen Bundesrat der Schweizerischen Eidgenossenschaft mit dem Ersuchen, der Hohe Rat möge entsprechende Massnahmen treffen zum Schutz des verletzten Rechtes und zur Wahrung der nationalen Ehre der Schweiz. gez. Präsident S. Rosenbaum."

Chronik.

Polen.

— Bei der letzten polnisch jüd. Verständigungskonferenz wurden seitens der Regierung den Juden nur ganz geringfügige Versprechungen gemacht, die, wie die jüd. Zeitungen betonen, eben deshalb vielleicht doch zur Durchführung gelangen werden. Es soll eine neue Gesetzesnovelle eingebracht werden, mit Milderung des Sonntagsruhezwanges für jüd. Kaufleute und Handwerker; der Ausbau der kulturellen Autonomie soll begonnen werden und der Posten eines Referenten für jüd. Angelegenheiten laut jüd. Vorschlag geschaffen werden. Endlich sollen auch noch die Reste der zaristischen Begrenzungen abgeschafft und tatsächliche Gleichberechtigung eingeführt werden. Es soll auch ein Aufruf an die Bevölkerung erlassen werden, dass die Juden als Bürger dieselben Rechte geniessen, wie alle anderen.

— Infolge der zahlreich einlaufenden Klagen über die von den Truppen Balachowicz' verübten Exzesse, haben die Militärbehörden den Auftrag erteilt, die auf heisser Tat ertappten „Balachowcy" vor das Standgericht zu stellen; die umherstreifenden Deserteure sind bis zur Aufklärung durch die Gerichte in der Festung von Brest-Litowsk zu internieren.

— Da die Warschauer Polizei in letzter Zeit den auf ihre Pässe harrenden Emigranten Wohnbewilligung nur für 3 Tage erteilte, wandte sich Prilucki, Vizevorsitzender des jüdischen-ukrainischen Komitees an den Regierungskommissär Anusz, der verordnete, dass den Emigranten, die unter Aufsicht des jüd. ukrainischen Komitees stehen, gegen ein entsprechendes Zertifikat erwähnten Komitees von der Polizei Wohnrecht für 3 Wochen bewilligt werde, zur Erledigung ihrer Angelegenheiten.

— Einige Konsulate in Warschau, speziell das französische, verweigern die Visa, falls in den polnischen Auslandpässen die Rubrik „Nationalität" mit „russisch", „ukrainisch" oder „jüdisch" ausgefüllt ist. Das Aussenministerium liess deshalb den Konsulaten eine Erklärung zugehen, dass diese nationalen Bezeichnungen keineswegs die Erlangung des Visums erschweren sollen, da es sich ausschliesslich um polnische Staatsbürger handelt. Uebrigens wird die Rubrik über die Nationalität in kurzem ausgelassen werden.

— Die Rettungsaktion für die ukrainischen Pogromopfer zieht in Lemberg immer weitere Kreise. Zahlreiche Gewerbetreibende und Angestellte besteuern sich mit einem grösseren Prozentsatz ihres Verdienstes zugunsten der Pogromopfer. So beschlossen in der zweiten Dezemberwoche der Verband der Kaufleute, die Friseurgehilfen, Caféhausbesitzer und der Wirteverband die Selbstbesteuerung. Bemerkenswert ist, dass bei der Kellnerversammlung die christlichen Kellner es als Herabsetzung betrachteten, dass man sie bei dieser Besteuerungsaktion übergangen hätte und sich bereit erklärten, gleich den jüdischen Kellnern, 30 Tage hindurch 10 Prozent ihrer Einnahme dem Fonds zuzuführen.

— Auf der Plenarsitzung des zion. Zentralkomitees für Polen wurde u. a. beschlossen, endlich eine Vereinigung der zion. Organisationen aller Teile Polens durchzuführen. Für die Bedürfnisse der Organisationen und ihrer Institutionen ist eine progressive Parteisteuer einzuführen. Vor Zusammentritt der 5. Jahreskonferenz hat eine Beratung der Kreiskomitees stattzufinden, zwecks Besprechung eines Planes für die Organisationsarbeit in den einzelnen Kreisen.

Rumänien.

— Minister Mihali äusserte dem Korrespondenten des „Uj Kelet" gegenüber auf dessen Frage, ob für die jüd. nationale Minorität ein besonderes Staatssekretariat oder ein spezielles Ressort im Ministerium für die Minoritäten errichtet werden wird, dass bisher inbezug auf die Form noch keine Entscheidung getroffen worden sei, aber soviel sei sicher, dass die Juden unter den nationalen Minoritäten, die ihnen durch das Zahlenverhältnis gebührende Stellung eingeräumt erhalten werden.

— Das Wohnungsanforderungsamt in Cluj (Klausenburg) hat in die Wohnung des orthodoxen Oberrabbiners Glasner eine Tänzerin zwangsweise einquartiert. Um in ihr Zimmer zu gelangen, musste die Tänzerin zwei Zimmer des Oberrabbiners passieren. Da diese Lösung auch der Tänzerin nicht zusagte, wurde ihr darauf die Amtskanzlei des Oberrabbiners zugewiesen, der nun genötigt ist, Amtshandlungen in seiner Privatwohnung vorzunehmen.

Jugoslavien.

— Bei den vom 12.—14. Dez. unter gewaltiger Beteiligung in Agram stattgefundenen Wahlen in die jüd. Kultusgemeinde, konnte die Liste der bisherigen Vorstandsmehrheit (Assimilanten) kein einziges Mandat erlangen. Die Zionisten bilden die Mehrheit.

Ungarn.

— F — Das System Horthy hat in den letzten Tagen zu einem entscheidenden Schlage gegen die ausländischen Juden in Ungarn ausgeholt. Alle fremden Juden, auch solche, die noch vor dem Kriege nach Ungarn eingewandert sind, werden in nächtlichen Razzien samt ihren Familien zusammengefangen, viele davon ohne vorherige Ausweisungsverfügung ins Schubhaus gebracht, wo sie mit Verbrechern in Räumen, die aller Hygiene Hohn sprechen, tagelang gefangen gehalten werden. Sie erhalten weder Nahrung noch Liegegelegenheit und müssen die Nächte stehend verbringen. Von dort werden sie in ein Interniertenlager gebracht, wo die Verhältnisse jeder Beschreibung spotten. Dass es dabei nicht ohne Misshandlungen abgeht, ist selbstverständlich. Eine grössere Anzahl von Unglücklichen ist bereits gestorben.

Der Skandal der Verwendung der Jointgelder in Ungarn zieht immer weitere Kreise. Bekanntlich hat das „Joint" vor einiger Zeit den Betrag von ca. 15 Millionen Kronen zur Anschaffung von Kleidern für die Stadtbevölkerung von Budapest ohne Unterschied der Konfession überwiesen, welcher Betrag zur Verfügung der in christlich-sozialer Verwaltung stehenden Stadtgemeinde überwiesen wurde. Es lässt sich denken, dass für jüd. Bedürfnisse sehr wenig abfallen wird. Nunmehr haben die jüd. magyarischen Notabeln, welche mit allen Kräften bemüht sind, sich dem christlichen Kurs anzubiedern, aus den Mitteln des Joint ein Büro errichtet, das sich fälschlich „Rechtsschutzbüro" nennt und mit Hilfe christlicher Advokaten der Behörde in die Hände arbeitet, um die galizischen Juden aus Ungarn zu vertreiben. Charakteristischer Weise werden diese aufgefordert, sich zur Registrierung zwecks Erlangung von Unterstützungen zu melden, wobei ein Organ der Polizei anwesend ist, welches dann das Nötige veranlasst. In der Leitung des ungarischen Joint sitzen in der Mehrzahl jüd. Adelige, welches das Joint benützen, um die fremden Juden aus Ungarn vertreiben zu helfen. Gleichzeitig hat einer von diesen, Exzellenz Polnay, in der amerikanisch-jüd. Presse einen Aufruf veröffentlicht, in welchem er die amerik. Juden um Hilfe für die galizischen Juden anruft, damit ihnen — die Abreise leichter gemacht wird.

— O. — Am 6. Dez. ist die erste Chaluzim Gruppe, bestehend aus 40 gelernten Arbeitern, die be-

reits einige Vorkenntnisse im Hebräischen besitzen, unter der Aegide des ungarischen Palästinaamtes nach Palästina abgereist. 20 der Chaluzim waren Akademiker, die zufolge des numerus clausus ihr Studium unterbrechen mussten. Unter den Chaluzim befinden sich ferner Ingenieure, Metallarbeiter, Zimmerleute, Maurer, Schuhmacher, Schneider und Gärtner, die meistens ihre eigenen Handwerkzeuge mit sich führten. Ein zweiter Chaluzimtransport wird Mitte Januar nach Palästina abgehen.

— O. — Der Vorstand der Budapester isr. Gemeinde hat beschlossen, Rabb. Dr. Illés Adler und Hugo Csergö nach Amerika zu entsenden, damit sie unter den dort aus Ungarn stammenden Juden eine Aktion zugunsten der Institutionen der Pester isr. Gemeinde einleiten sollen. Für die Kosten dieser Expedition hat der Vorstand einstweilen 1 Million Kronen votiert.

— O. — In das Budapester Joint-Committee wurden Hofrat Franz Székely, Präs. der isr. Kultusgemeinde und Dr. Bela Oesterreicher, Präs. des ung. zion. Landesverbandes als neue Mitglieder gewählt.

Oesterreich.

— F — Die „österreichisch-israelitische Union“, die sich, den geänderten politischen Verhältnissen entsprechend, zu einer Aenderung ihres Namens in „Union deutsch-österreichischer Juden“ entschlossen hat, veröffentlicht einen Protest gegen die Kundgebung des Jüd. Nationalrates für Oesterreich, in dem dieser den Beschluss verlautbart, aus seinem provisorischen Zustand durch demokratisch durchgeführte Wahlen zu einer durch die nationaljüdischen Stimmen sanktionierten Körperschaft zu gelangen, die über die Einhaltung der im Friedensvertrage verbrieften jüd. Rechte wachen soll. Die „Union“ erklärt, dass der Nationalrat nicht berechtigt sei, im Namen der österreichischen Juden zu sprechen und behauptet, dass dieser sich „staatliche Hoheitsrechte“ anmasst. Die „Union“ erklärt demgegenüber, dass die österreichischen Juden auf jede Sonderrechte verzichten. Die „Union“, die nichts anderes ist, als eine programmlose Vereinigung jüd. Assimilanten, welche u. a. die Vertreibung der Ostjuden betreibt, findet es von Zeit zu Zeit am Platze, den jüd. Nationalismus zu denunzieren, wobei ihr die jüd. assimilatorische Grosspresse bereitwillig hilft. Tatsächlich hat die „Union“ aber keinerlei Bedeutung. Der Jüd. Nationalrat sieht sich gegenüber dem Manöver der „Union“, die es in der Oeffentlichkeit unternimmt, im „Namen der österreichischen Juden“ auf die diesen im Friedensvertrag zuerkannten Rechte zu verzichten, zur Erklärung veranlasst, dass er nur jene Juden vertritt, welche sich zur jüd. Nation bekennen.

— F — In Wien hat sich vor einiger Zeit ein Sanierungskomitee gebildet, welches den Zweck hat, den in Not geratenen Institutionen der jüd. Gemeinde, wie Spital, Versorgungshaus etc., durch Geldsammlungen Hilfe zu bringen. Ein nach Amerika versandter Aufruf ist nicht ohne Wirkung geblieben. Es ist zu hoffen, dass durch diese Bemühungen die notleidenden Wiener Institutionen, deren schlechte Lage zum Teil eine Folge des jahrelang in der Gemeinde herrschenden Systems ist, einer teilweisen Besserung zugeführt werden.

— Die Beamten der Wiener jüd. Kultusgemeinde, deren Lage eine überaus missliche ist, fordern neuerlich Gehaltsaufbesserungen und drohen, mit einem Streik für den Fall der Ablehnung.

Deutschland.

Berlin. -R- Der preussische Unterrichtsminister, Haenisch, hat vor einiger Zeit erklärt, er habe die Absicht, die deutschen Hochschulen den Angehörigen der östlichen Länder, in denen nach seiner Meinung die Zukunft Deutschlands liegt, unbedingt offen zu halten. Diese Erklärung, die vom „Pädagogischen Zentralanzeiger“ veröffentlicht wurde, hat in den deutschen Studentenkreisen eine heftige Agitation zur Folge gehabt. Der Verband der Turnerschaft auf deutschen Hochschulen, der über 10,000 Akademiker zu seinen Mitgliedern zählt, beschloss auf seiner Tagung in Marburg einen Protest, worin ausgesprochen wird, dass dieses Verhalten des Unterrichtsministers für die Studentenschaft nur ein neuer Grund ist, den Kampf gegen die Ostjuden mit aller Energie weiterzuführen.

— Wie das Auskunftsamt der Berliner Universität mitteilt, ist entgegen den Behauptungen der reaktionär-studentischen Agitation die Zahl der ausländischen Studenten sehr gering. Nur etwa jeder zwanzigste Student ist ein Ausländer. Im übrigen wird bei Aufnahme jedes einzelnen Ausländers seine persönliche Eignung geprüft u. sein Gesuch auf Grund dieser Prüfung u. der mit Rücksicht auf die Inländerzahl bestehenden Möglichkeiten entschieden.

— R — Im „Berliner Tageblatt“ erschien vor einiger Zeit eine Notiz, welche auf Grund einer Zuschrift des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüd. Glaubens feststellt, dass im Gegensatz zu den zion. Darstellungen die politische Lage in Palästina sehr schlecht sei, und Herbert Samuel mit ernstem Widerstand der Araber rechnen müsse. Wie sich nun herausstellte, ging diese Zuschrift an das „Berliner Tageblatt“ die in zion Kreisen schon ob ihrer sachlichlichen Unwahrheit peinlich berührte, nicht vom Vorstande des „Zentralvereines“ aus, sondern wurde von unverantwortlichen Leuten als Zitat aus den „Mitteilungen des Bundes der Asienkämpfer“ unter Missbrauch des Namens des Zentralvereins eingesandt. Der Zentralverein hat diesen Sachverhalt nunmehr in seiner Zeitschrift offiziell festgestellt und hat der Zion. Vereinigung für Deutschland sein Bedauern über den Vorfall ausgesprochen.

— R — Der Deutsch-Israelitische Gemeindebund hat eine Eingabe an die preussische Landesversammlung gemacht, worin darüber Klage geführt wird, dass die jüd. Volksschullehrer an staatlichen Volksschulen keine Anstellung finden, sodass ihre Not ausserordentlich gross ist. Der Gemeindebund protestiert degen diesen Verstoss gegen die Gleichberechtigung. — Es mag jedoch zweifelhaft erscheinen, ob den jüd. Lehrern durch die Forderung ihrer Anstellung an christlichen Schulen geholfen werden kann; der einzige Ausweg wäre die Schaffung jüd. Schulen, die Sache des Gemeindebnndes wäre, der bisher von dieser Pflicht nichts wissen wollte.

— R — Die Zion. Vereinigung für Deutschland hat für den 2. Januar eine Sitzung des Zentralkomitees einberufen, auf deren Tagesordnung die Besprechung der politischen Lage im Zionimus, sowie der Stand der Keren-Hajessod-Aktion steht. Die Sitzung dürfte 2 Tage in Anspruch nehmen. Im Januar soll Jabotinsky nach Deutschland kommen und in mehreren grossen öffentlichen Versammlungen Propagandareden für den Keren-Hajessod halten Seinem Kommen wird mit grosser Spannung entgegengesehen.

— R — Im Januar findet in Berlin eine von der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden einberufene Tagung statt, deren Zweck die Organisation des gesamten jüd. Wohltätigkeitswesens ist.

— R — In Berlin wurde unter Vorsitz des bekannten Radierers Joseph Budko, ein ostjüdischer Künstlerbund gegründet, dem zahlreiche jüd. Künstler aus Polen, Litauen und Russland, die gegenwärtig in Deutschland weilen, angehören.

Italien.

— Die Jüd.-Palästin. Reise- und Transportgesellschaft in Wien (Maawirim) ersucht uns um die Feststellung, dass der Bericht unseres S.-Korrespondenten aus Triest, (s. „J.P.Z.“ Nr. 120) insofern ungenau ist, als das Gepäck der dort erwähnten Palästinafahrer eines ausgebrochenen Streikes wegen, auf der Strecke Wien-Triest stecken blieb. Die Reisegesellschaft habe mehrmals einen speziellen Beamten herausgeschickt, dem es endlich gelang, nach Beendigung des Streikes, die Gepäckstücke weiter zu befördern. Die Reisegesellschaft betrachte ihre Aufgabe mit der Einwaggonierung der Reisenden in Wien keineswegs als beendigt. Sorge doch eine in Triest errichtete Filiale mit einem ganzen Stab von Beamten für die Bedürfnisse der Palästinafahrer. Auch gelang es der Gesellschaft, für die Deckpassagiere eine 40 prozentige Ermässigung zu erwirken, wodurch sich eine Verbilligung der Reisekosten beinahe um die Hälfte ergibt.

Frankreich.

Im Verfolg ihrer Eingabe vom 8. Dez. 1920 an den Völkerbund richtete die „Alliance Israélite Universelle“ dieser Tage an den französischen Ministerpräsident Leygues ein Schreiben bezügl. der Regelung der jüd. Emigration durch den Völkerbund. Sie ersucht den Präsidenten, er möge durch Léon Bourgeois den Völkerbund für die Regelung der Emigrationsfragen interessieren. Da die Regelung der jüd. Emigration eine Frage von eminenter internationaler Bedeutung ist, und eine ungeregelte Emigration sowohl aus hygienischen als auch aus wirtschaftlichen Gründen Gefahren in sich birgt, wird der Völ-

kerbund ersucht, die Emigration international zu regeln und zu erleichtern; entweder soll dies gemeinsam mit dem Roten Kreuz — ähnlich wie bei den Kriegsgefangenen-Transporten — durch Spezialzüge, die aus den verschiedenen Emigrations-Zentren des Ostens in bestimmten Zeitabständen nach den verschiedenen Häfen unter Leitung und Kontrolle des Völkerbundes geschehen oder durch Anerkennung der bestehenden jüd. Emigrations-Komitees, indem denselben offizieller Charakter verliehen wird, und ihre Organe dem Völkerbund unterstehen. Im Zusammenhang damit wird u. a. angeregt, dass der Völkerbund an den Ansammlungs-Zentren für die Auswanderung, an den verschiedenen europäischen Häfen Baracken errichten lässt, wo die Emigranten bis zu ihrem Transport Unterkommen finden. Die Grenz-Behörden aller Staaten sollen angewiesen werden, den diesen Zug führenden Organen des Völkerbundes Erleichterungen zu gewähren, damit die Auswanderer keinen Chicanen unterworfen werden. Bei ihrer Ankunft in die sie aufnehmenden Länder sollen sie von einem Komitee empfangen werden, welches sie den in Betracht kommenden Arbeitsstätten zuführen soll.

— Der Pariser-G.-Korrespondent der „J.P.Z.“ berichtet: Im Exekutivkomitee der jüd. Welthilfskonferenz gehen in der letzten Zeit Nachrichten über die Lage der Juden ein, die sich mit Lebensgefahr über den Dniester aus der ukrainischen Hölle nach Bessarabien gerettet haben. So berichtete vor einigen Tagen der bekannte russisch-jüd. Schriftsteller Semion Juschkewitsch, der selbst seinen Weg aus der Ukraine über Bessarabien genommen hat, dem Exekutivkomitee über die dortige trostlose Lage. Die lokalen Hilfsorganisationen sind nicht imstande, mit den ihnen zur Verfügung stehenden, begrenzten Mitteln, die sie zum Teil aus lokalen Quellen und vom Joint erhalten, die gewaltige Not der Flüchtlinge zu lindern. In Anbetracht dieser Lage hat das Exekutivkomitee beschlossen, sein Mitglied Ingenieur T e m k i n, ehemaliger Vorsitzender des Jüd. Nationalsekretariates in der Ukraine, nach Bessarabien zu entsenden, um an Ort und Stelle bei der Organisierung der Hilfsaktion auf breiterer und rationellerer Grundlage tätig mitzuwirken. Das Exekutivkomitee hat sich ausserdem an eine Reihe jüd. Hilfsorganisationen zwecks gemeinsamer Aufbringung eines Fonds für die ukrainischen Flüchtlinge Bessarabiens gewendet. Das Exekutivkomitee setzt sich zur Aufgabe, dahin zu wirken, dass diejenigen Organisationen, die sich bisher an dieser Arbeit nicht beteiligt haben, gemeinsam die für die erste Zeit, soweit es sich jetzt voraussehen lässt, nötigen 100,000 Pfund aufbringen sollen, was die Möglichkeit für eine wirksame Hilfeleistung schaffen würde. Die jüd. Hilfsorganisationen werden aufgefordert, die Reise Temkins auszunutzen, um die Hilfstätigkeit für die ukrainischen Flüchtlinge und die zweckmässige Verwendung des geschaffenen Hilfsfonds gehörig zu organisieren oder auch eigene Delegierte zwecks gemeinsamer Arbeit nach Bessarabien zu entsenden.

England.

A g u d a M a s s e n m e e t i n g i n L o n d o n.

Ueber das am 18. Dez. in London stattgefundenen Massenmeeting der Aguda erhielt die „J.P.Z.“ folgende von agudistischer und misrachistischer Seite stammende Telegramme:

Am 18. Dez. fand in der Assembly Hall in London ein Aguda Massenmeeting statt, das von ca. 8000 Personen besucht, ein ungeheurer Erfolg war. Der Vorsitzende Stuart S a m u e l verlas einen Brief H e r b e r t S a m u e l s an Rabb. Horovics (Jerusalem) worin die Orthodoxie zum Aufbau Palästinas aufgerufen wird. Als Redner traten auf: Rabbiner Plocki (Otrowo), Löw (Warschau), Jung (London), Horovics (Jerusalem), Hurwitz (Leeds), Hildesheimer (Berlin), ferner Stuart Samuel (London), Rosenheim (Frankfurt a. Main), Nathan Birnbaum (Wien), Advokat Landau (London), Advokat Zeitlen (London). Die eingebrachten Resolutionen wurden einstimmig angenommen. Es herrschte enormer Enthusiasmus trotz versuchter Störung zionistischer Elemente.

— Bei der Eröffnung des Massenmeetings der Agudas Jisroel in London, die Sir Stuart S a m u e l präsidierte, führte dieser u. a. aus: Dadurch, dass ich in einer Agudas-Jisroel Versammlung den Vorsitz führe, möchte ich keineswegs der Auffassung Raum geben, als sei ich vom Misrachi desertiert oder als stände ich mit den Zionisten im Widerstreit. Ich habe den Vorsitz übernommen, um die Gastfreundschaft der englischen Judenheit zu zeigen. Nathan Birnbaum wird am Weitersprechen verhindert wegen seiner Behauptung, dass das jüdische Volk von Apikorsim und Meschumodim geführt wird. Es wurde eine Botschaft von H e r b e r t S a m u e l verlesen, die an die Einheit der Orthodoxie appelliert. Von einem Teil der Versammlung wurde am Schluss des Meetings die Hatikwah gesungen.

E i n i g u n g s v e r h a n d l u n g e n z w i s c h e n M i s r a c h i u n d A g u d a.

Am 16. Dez. fanden im Hause Sir Stuart Samuels Verhandlungen zwischen Misrachi- und Aguda-Vertretern statt, um eine Basis zu schaffen, die das gemeinsame Arbeiten der beiden Organisationen erleichtern würde. Die Vertreter der Aguda erklärten sich nur unter der Bedingung zu einer Zusammenarbeit bereit, wenn sich die Misrachi-Organisation von den Zionisten trenne, womit sich die Misrachi-Vertreter nicht einverstanden erklären konnten. Der Vorschlag der Misrachi-Vertreter, der die Agudas Jisroel einlud, am Erziehungswerk des Misrachi in Palästina, für welches ein substantieller Vertreter im Erziehungsrat (Waad Hamfakeach) zugestanden wurde, teilzunehmen, wurde ebenfalls von den Aguda-Vertretern abgelehnt, obgleich hervorgehoben wurde, dass dieser Erziehungsrat volle Autonomie für die orthodoxen Schulen in Palästina hat, was durch die auf der letzten zion. Jahreskonferenz angenommene Resolution durchgesetzt wurde.

Kanada.

— Zufolge Zunahme der Arbeitslosigkeit wurden in Kanada neue Einschränkungsbestimmungen für Immigranten erlassen, wonach die Einwanderer bei ihrer Ankunft in Kanada 250 Dollar besitzen müssen. Bei Familieneinwanderung müssen Personen unter 18 Jahren 50 und über 18 Jahren 125 Dollar besitzen. Die Verordnung tritt mit 1. Januar 1921 in Kraft.

Erez Israel — Palästina.

— Der Waad Hachinuch hat der in Palästina weilenden zion. Kommission zu Handen des Aktionskomitees ein Memorandum über den Wert der Erziehungsarbeit und die durch Einschränkung der gewährten Subventionen geschaffene Lage überreicht.

— Das französische Unterrichtsministerium ersuchte die Nationalbibliothek in Jerusalem, der vom franz. Ministerium ins Leben gerufenen kriegswissenschaftlichen Bibliothek, die jetzt das ganze Material des Weltkrieges sammelt, alle möglichen Veröffentlichungen, Berichte und Dokumente über die Leiden und Verfolgungen der Juden Osteuropas während des Krieges, wie auch über die von den verschiedenen Komitees in diesen Ländern gewährte Hilfe, zukommen zu lassen. Auch alles Material über die zion. Bewegung sei erwünscht. Die Nationalbibliothek wendet sich in einem Aufruf an alle Verlage, öffentliche und private Sammlungen, ihr ehestens alles in Betracht kommende Material zukommen zu lassen, um es nach Frankreich weiterleiten zu können. Es sei sehr erwünscht, dass auch die Leiden der palästinensischen

Juden durch möglichst zahlreiche Dokumente den grossen Bibliotheken des Auslandes zugänglich gemacht werden.

— In der „Jeschiba der 100 Tore" fand eine grosse Protestversammlung der Orthodoxen gegen die Arbeiterküche statt, die nicht rituell geführt werde. Das Vorgehen der Arbeiter, die allen Interventionen sich unzugänglich erwiesen, wurde von einem Rabbiner als geistiger Pogrom bezeichnet. Es wurde beschlossen, einen mit zahlreichen Unterschriften versehenen Protest in zehntausenden Exemplaren ins Ausland zu senden. Auch solle jeder aus Jerusalem abgehende Brief einen Hinweis auf diesen Protest enthalten.

— Der Leiter der Deutschen Bank, Faber, weilt in Jerusalem, zur Ordnung der finanziellen Angelegenheiten der erwähnten Bank.

— Samuel beabsichtigt eine allgemeine Turnerorganisation zu gründen, die die ganze palästinensische Jugend ohne Unterschied der Rasse und Konfession umfassen soll. Er wandte sich in dieser Angelegenheit an die verschiedenen Turnvereinigungen, die ihm Bericht über die Möglichkeit und Wünschbarkeit einer solchen Organisation zukommen lassen sollen.

— In Rechoboth wurde vor ungefähr 2 Monaten eine Werkstätte für Matten- und Korbflechterei durch die Joint-Abteilung eröffnet, in der 65 Greise, grösstenteils Bucharen und Sephardim arbeiten. Die Joint-Abteilung instruierte ihre Vertreter in Saffed, Tiberias und Jaffa, ebenfalls solche Werkstätten für ältere Leute einzurichten.

— Der Waad Leumi hat eine Preiskonkurrenz für einen künstlerischen Entwurf für die Quittungen für den „Sela Hajischub" ausgeschrieben. Die Mitglieder der jüd. Künstlervereinigung Gurarjeh und Ben David erhielten zwei Diplome.

Letzte Nachrichten.

Paris, 23. Dez. Ministerpräsident Leygues und der englische Botschafter in Paris, Hardinge, haben die französisch-englische Konvention unterzeichnet, die die Grenzen Syriens und Palästinas, das Eisenbahnwesen und das Regime über die Gewässer zwischen den beiden Ländern regelt.

Schweiz.

Basel. Am 19. Dez. sprach hier Sokolow in drei Versammlungen. Vormittags fand eine überaus stattlich besuchte Versammlung im Tempel statt auf der Sokolow in 1½ stündiger Rede einen Bericht über die politische Entwicklung und Errungenschaften des Zionismus seit dem ersten Kongress bis heute erstattete. Er bedauerte, dass die Juden trotz all ihrer Leistungen für die Menschheit noch keine selbständige Vertretung im Völkerbund gefunden hätten, da der klare Wortlaut der Paragraphen dagegen spreche. Die historische Entwicklung könne jedoch dadurch nicht aufgehalten werden, und die Juden würden nach Entwicklung ihres nationalen Heims in Palästina auch zur selbständigen Vertretung im Völkerbund gelangen. Der Schluss seiner Rede war der Tätigkeit des Komitees der Jüd. Delegationen gewidmet, auf dessen grosse Verdienste für den Schutz der Rechte der Juden als nationaler Minderheit und auf die zahlreichen Interventionen wegen der Progrome in Osteuropa hingewiesen wurde. Auf der nachmittags stattgefundenen zion. Landeskomiteesitzung referierte Sokolow über die wirtschaftlichen Möglichkeiten und Pläne in Palästina und appellierte für die warme Unterstützung der Keren-Hajessod-Aktion, resp. auch einzelner wirtschaftlicher Unternehmungen in Palästina, wie vor allem des Ruthenberg'schen Projektes der elektrischen Kraftgewinnung zur Ermöglichung einer grosszügigen Industrie, die die Kolonisierung Palästinas in viel rascherem Tempo ermögliche, als die bloss landwirtschaftliche Entwicklung. Da diese Sitzung keine geschlossene, sondern auch Nichtzionisten zugänglich war, konnten natürlich vertrauliche Fragen nicht behandelt werden, was auch auf den Gang der folgenden Diskussion, in der Sokolow eingehend alle an ihn gestellten Fragen beantwortete, nicht ohne Einfluss blieb. Am Abend hielt Sokolow auf der vom Vereine Zion veranstalteten Makkabäerfeier mit anschliessendem Balle eine geistreiche Festrede. An der Feier im Tempel nahm der englische Konsul teil, während zur Makkabäerfeier der englische und französische Konsul erschienen waren. Nach der Hakwah wurden den Konsuln zu Ehren auch die engl. und franz. Hymne gespielt und mit Begeisterung aufgenommen.

— Sonntag abends findet in der Ivria (I. Stock) eine Versammlung der Freunde der jüd. Bibliothek statt, zwecks Beratung des weiteren Ausbaues derselben. Alle die sich für das Wachstum der Bibliothek interessieren, werden um ihr Erscheinen ersucht. Es sei bemerkt, dass es sich keineswegs um eine Geldsammlung handelt. Die Bibliothek teilt auch ihren Lesern mit, dass während des Winters die Bibliothekstunden sind: Sonntags vormittags von 10—12 und Mittwoch abends von ½8 bis 9 Uhr.

Nächste Schiffsabgänge des Lloyd Triestino.

Mitgeteilt von der

Reise- und Transportgesellschaft „Schweiz-Italien" Zürich.

Aegypten-Palästina: 6. und 12. Januar D. „Helouan" nach Alexandrien und Palästina.

Alexandrien-Jaffa-Haifa-Beirut-Konstantinopel: 9. und 23. Januar.

Piraeus-Konstantinopel-Smyrna-Beirut-Haifa-Jaffa: 2., 16. u. 30. Jan.

Konstantinopel: 13. u. 27. Januar nach Piraeus-Konstantinopel-Galatz. 6. u. 20. Januar nach Pireaus, Konstantinopel-Batum-Poti.

Bombay: Anfangs Januar.

Japan: 15. Januar.

Geschäftliche Notiz. Am 10. Dez. fand die Eröffnung des neuen Cinéma Bellevue vor geladenem Publikum statt. Durch kostspielige Umbauten wurde hier ein prächtiger, äusserst elegant eingerichteter Saal geschaffen, der auf komfortablen Sitzgelegenheiten, 1000 Personen aufnehmen kann. Dieser eleganten Einrichtung sucht die Direktion auch durch auserlesene Programme gerecht zu werden. So werden im Cinéma Bellevue ab 29. Dez. 2 der schönsten auf dem Weltmarkt existierenden Filme aufgeführt werden: „Broken Blossoms" (Gebrochene Blüten), das bedeutendste Werk von Griffith, dessen Schöpfung „Intolérance" ganz Zürich im Palace bewundert hat und „Die Expedition Shakleton zum Südpol", ein hervorragendes, wissenschaftliches Dokument, das in ergreifenden, authentischen Aufnahmen den übermenschlichen Kampf mit den Eisbergen der Polarregionen zeigt, deren Besuch niemand versäumen sollte.

Geschäftliche Notiz. „Das Seidenband", Strehlgasse 9, nennt sich ein Spezialhaus am Platze für Bänder jeder Art. Ein Besuch dort lässt konstatieren, dass die Auswahl die denkbar grösste, das Lager ein riesiges ist und die Preise sehr niedrig gehalten sind. Nach Mitteilungen des Inhabers Hermann Brugger betreibt „Das Seidenband" auch Post-Versand, sowie mi-gros und Export.



Empfehlenswerte Firmen in Basel



Amerika

Passagiere (I., II. u. III. Klasse),
die nach Amerika zu reisen beabsichtigen, erhalten bereitwilligst u. kostenlos Auskunft über beste und vorteilhafteste Ueberfahrten, sowie betr. Preise und Pässe etc. von der
Schweiz. Generalagentur
Kaiser & Cie., Basel

Sanitäts-Artikel und Gummiwaren
—
L. Wachendorf & Cie
Basel, Freie Strasse 45

Eier-Cognac
SENGLET
ist absolut rein
und wird vom Arzt empfohlen!
Ueberall vorrätig
in feinen Restaurants, Lebensmittel- u. Droguen-Geschäften und Apotheken

---

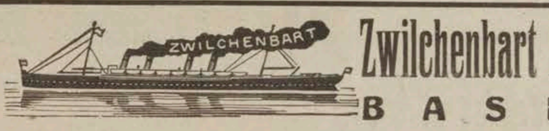
Täglich frisches
Geflügel jeder Art
כשר Streng כשר
Unter Aufsicht Sr. Ehrw. Rabb. Dr. Cohn, Basel
Prompter Versand nach auswärts
P. Puricelli, Basel
Pfluggasse 3 Telephon 4369

Schweizerische Volksbank
BASEL
empfiehlt sich für alle Bankgeschäfte

Comptoir d'Escompte de Genève
Genf Lausanne Freiburg Basel
Aktienkapital und Reserven Fr. 61,500,000.—

Die führende Handelsbank der welschen Schweiz
Erstklassige Beziehungen mit
Kontinent und Uebersee

Jede gewünschte Auskunft an Interessenten erteilt bereitwilligst
Die Direktion in **Basel.**



Zwilchenbart A.-G.
BASEL
Auswanderung
nach überseeischen Ländern über alle größeren Seehäfen

HUT- u. HERRENMODEMAGAZINE
JOS. KALLER
GERBERGASSE 48 BASEL



Hotel zum Storchen
Fein bürgerliches Haus
20 Billards .-· Orchester

Vegetarisches Restaurant
«CERES»
Rümelinsplatz 19 BASEL

כשר Hausfrauen! כשר
kauft für Milch u. Fleischspeisen die wohlbekömmliche, ausgiebige und vorzügliche
Mars Suppenwürze
in Flaschen v. 1/2 u. 1/1 Liter. Den Reisenden, Pensionen, Hotels empfehle die neu eingetroff.
Fleischkonserven
wie Kalbskoteletten, Pöckelbrust, gehacktes Kalbfleisch.
Charles Nordmann
Basel Kornhausgasse 8 **Basel**
Telephon 3187
Zürich Freischützg. 32 **Zürich**
Telephon Selnau 2092

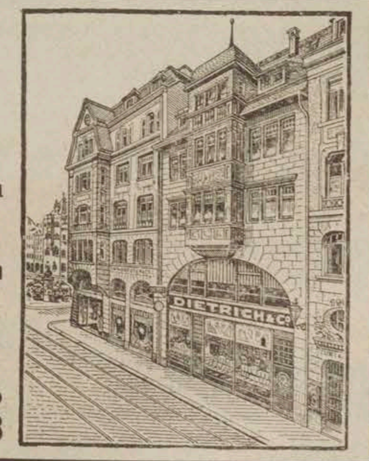


NEUE MAGAZINE



Das Haus für Qualitätswaren

Reiche Auswahl
in Verlobungsgeschenken
Feine Brillantringe Siegelringe, Collier-anhänger, Broschen Ketten, Silbertaschen Stein-Colliers, Cigarettenétuis.
Speziallager in Uhren
Longines Omega, Zenith.
Dietrich & Co.
Basel, Gerbergasse 3



Dr. Neefe, Eichele & Schlichtholz
Institut Minerva
Basel
Maturitäts- u. Hochschulvorbereitung
Basel, Eisengasse 17

Jüdische Genossenschaft-Metzgerei Basel
Friedrichstrasse 24 - unter Aufsicht des Rabb. Dr. Cohn in Basel
empfiehlt ihre **Wurstwaren vorzüglichster Qualität,** hergestellt von einem erstkl. Wurstler: **Cervelats, Kochwurst, Salami, Landjäger, Pöckelfleisch.** Jeden Miltwoch frische, prima Lungenwurst. Pünktliche, sorgfältige Bedienung. Telephon: 5713
Telegramme: Kaschros. Postcheckkonto: V 4060

Die „J.P.Z." ist eine Privatagentur — Insertionspreis: Die viergespaltene Nonpareillezeile Fr. 1.20 — Druck von Kopp-Tanner, Zürich